Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg.

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 ℳ, durch Agent. 1.40 ℳ, die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11.

Nummer 57 | Altensteig, Donnerstag, den 9. März 1933 | 56. Jahrgang

Staatsakt in der Potsdamer Garnisonskirche am 21. März

Berlin, 8. März. Der Reichskanzler hat heute mit dem Reichstagspräsidenten Göring und dem Reichsinnenminister Dr. Frick die Garnisonkirche in Potsdam besucht, um sich über die Vorbereitungen für den anläßlich der Eröffnung des Reichstags vorgesehenen feierlichen Staatsakt mit den in Betracht kommenden kirchlichen und staatlichen Stellen zu besprechen. Als Vertreter der Kirche waren der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats D. Dr. Kapler und der geistliche Vizepräsident D. Burghart erschienen. Im Anschluß an den Besuch wurde der Lange Stall in Potsdam, dann das Krolltheater in Berlin besichtigt, die beide für die Plenarsitzungen des Reichstages in die engere Wahl kamen. Die Entscheidung fiel zugunsten des Krolltheaters, da der Zusammentritt des Reichstags früher geboten ist und der Ausbau des Langen Stalles einige Wochen beanspruchen und auch mit recht erheblichen Kosten verbunden wäre. Der Zusammentritt des Reichstags soll möglichst beschleunigt werden.

Die üblichen Eröffnungsgottesdienste werden für den evangelischen Teil in der Nikolaikirche, für den katholischen Teil in der katholischen Stadtpfarrkirche in Potsdam abgehalten. An dem Eröffnungsgottesdienst in der Nikolaikirche wird der Herr Reichspräsident teilnehmen. Nach Beendigung der Gottesdienste ziehen die Teilnehmer in geschlossenen Zügen unter dem Geläute aller Glocken in die Garnisonkirche. Dort findet ein Staatsakt statt. Der Herr Reichspräsident wird eine Begrüßungsansprache halten und alsdann dem Herrn Reichskanzler das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung geben. Der Staatsakt wird von Kirchenmusik umrahmt sein. Anschließend an den Staatsakt begibt sich der Herr Reichspräsident allein zur Gruft, wo er zwischen den Särgen Friedrich Wilhelms I. und Friedrich des Großen einen Lorbeerkranz niederlegt. Im Anschluß daran schreitet der Herr Reichspräsident vor der Kirche die Front der dort aufgestellten Ehrenkompagnie ab. Hieran schließt sich ein Vorbeimarsch der Ehrenkompagnie. Nach Abschluß der Feier in Potsdam begeben sich Reichsregierung und Abgeordnete zur Eröffnungssitzung nach Berlin.

Es ist anzunehmen, daß die Eröffnung voraussichtlich am 21. März stattfinden wird.

Telegrammwechsel zwischen Joos und Göring

Berlin, 8. März. Der preußische Minister des Innern teilt mit: Der Zentrumsabgeordnete Joos hat aus Köln folgendes Telegramm an den Reichsminister Göring gerichtet:

„Ueberwiegender Teil der Bevölkerung ist mit Hissung von Hakenkreuzfahnen auf staatlichen und Kommunalgebäuden durch Organe der nationalsozialistischen Partei unter keinen Umständen einverstanden. Zentrumspartei verlangt Anordnung der sofortigen Einziehung und Durchführung der Anordnung unter Einsatz der für den Schutz aller Bürger bestimmten Polizei. Deutsche Zentrumspartei"

Reichsminister **Göring** hat geantwortet wie folgt: Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat sich am 5. März zur Hakenkreuzfahne bekannt. Ein verschwindend kleiner Teil der deutschen Bevölkerung stimmte für das Zentrum. **Ich bin dafür verantwortlich, daß der Wille der Majorität des deutschen Volkes gewahrt wird, hingegen nicht die Wünsche einer Gruppe, die anscheinend die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden hat.**

Wahl des Hamburger Senates vollzogen

Hamburg, 8. März. In einer Sondersitzung der Hamburger Bürgerschaft wurde am Mittwoch die **Wahl des neuen Senates vollzogen.** Die nationalsozialistische Fraktion war in Uniform erschienen, von der KPD.-Fraktion war niemand zugegen. Der Präsident teilte mit, daß Bürgermeister Dr. Petersen sein Bürgerschaftsmandat niedergelegt habe. Für die SPD.-Fraktion erklärte der Abg. Podeyn, daß sich die Sozialdemokraten nicht an der Wahl beteiligen würden. Bei der Wahlhandlung wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei die vorgelegte Liste, welche 12 Senatoren umfaßt, gewählt. Die 12 Mitglieder des neuen Senats sind 6 Nationalsozialisten, 2 Deutschnationale, 2 Stahlhelmer, ein Volksparteiler und ein Staatsparteiler.

Senator **Krogmann** wurde zum 1. Bürgermeister und Senator Dr. Burchard-Motz zum 2. Bürgermeister gewählt. Zum Senatorat wurde Georg Ahrens ernannt.

Reichskommissar für die Polizei in Württemberg

Baden und Sachsen - Die württ. Regierung zur Lage

Berlin, 8. März. Aufgrund der Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat hat der Reichsminister des Innern die Polizeibefugnisse von Schaumburg-Lippe, Baden, Württemberg und Sachsen übernommen. Zu Beauftragten des Reiches sind vom Reichsinnenminister ernannt worden für Schaumburg-Lippe Beigeordneter Matthäi aus Marl bei Recklinghausen, für Baden Abgeordneter Wagner, für Württemberg Reichstagsabgeordneter von Jagow, bisher Eßlingen, Sachsen: Reichstagsabgeordneter Freiherr v. Killinger.

Berliner Blätter zu der Einsetzung von Polizeibeauftragten in Baden, Württemberg, Sachsen und Lippe

Berlin, 9. März. Die Uebernahme der Polizeigewalt in Schaumburg-Lippe, Baden, Württemberg und Sachsen durch den Reichsinnenminister und die Einsetzung von Reichsbeauftragten wird nur von wenigen Zeitungen besprochen.

Der „Völkische Beobachter" betont, daß die Notwendigkeit zu diesen Maßnahmen angesichts der uneinheitlichen und damit unhaltbaren Verhältnisse in den betreffenden Ländern in Bezug auf ihre Verhalten gegenüber den nationalen Verbänden dringend geboten gewesen sei. Der einmütige Wille von 17 Millionen sei das äußere Zeichen dafür, daß die Vereinheitlichung des Regierungswillens im gesamten deutschen Reichsgebiet die Forderung des Tages sei.

Die „Deutsche Zeitung" weist ebenfalls auf die für die bevorstehenden Aufgaben des Wiederaufbaues unumgängliche Gleichschaltung der Länderregierungen mit der Reichsleitung hin, die ihrer Verwirklichung entgegensehe. Es sei zu begrüßen, daß die Reichsregierung dort, wo es notwendig erscheine, eingreife, indem sie den betreffenden Systemvertretern die Polizeigewalt entziehe.

Der „Tag" meint, es handele sich bei diesem Vorgehen durchweg um Länder, deren Regierungen sich selbst schon als überfällig betrachteten. Daß sie baldigst durch aktionsfähige Kabinette ersetzt werden, werde durch die vorbeugenden Schutzmaßnahmen des Reichsinnenministers wohltuend beschleunigt werden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" begrüßt das Eingreifen des Reiches, so bitter es vom Standpunkt der Ländern sein möge, als eine vorbeugende Maßregel und gibt ebenfalls der Erwartung Ausdruck, daß die Regierungsbildung in den Ländern folgen müsse.

*

Zur Lage in Württemberg — Ein Beschluß des Staatsministeriums

Stuttgart, 8. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Von dem Wunsche geleitet, durch schleunige Neubildung der württ. Regierung die bisherige geordnete Verwaltung des Landes zu erhalten, hat das Staatsministerium am Mittwoch früh in einer Sitzung beschlossen, den Landtagspräsidenten zu ersuchen, den Landtag auf spätestens Dienstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, mit der Tagesordnung: Neuwahl des Staatspräsidenten, einzuberufen. Das Staatsministerium hält es angesichts des Ergebnisses der Reichstagswahl für ein dringendes politisches Gebot, die Neubildung der Regierung mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

* *

Neubildung der Württ. Regierung

Stuttgart, 8. März. Die Blätter äußern sich zu dem Beschluß des Staatsministeriums, worin als dringliches politisches Gebot bezeichnet wird, die Neubildung der Regierung mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Die **Süddeutsche Zeitung** vertritt die Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn die Regierung Bolz diese selbstverständliche Folgerung schon unmittelbar nach dem 5. März von selbst gezogen hätte. Es wäre ihr dann erspart geblieben, nun vor aller Oeffentlichkeit sichtbar einem Druck zu weichen. Wesentlich erscheint uns, daß der jetzige Zwischenzustand unter allen Umständen rasch beseitigt wird. In diesem Sinne hat Minister Dr. Dehlinger bereits die Initiative ergriffen und **Verhandlungen zwischen den nationalen Parteien, Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Bauernbund, in die Wege geleitet.**

Der **Schwäbische Merkur** vertritt gleichfalls die Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn der Entschluß der Regierung nicht erst jetzt unter dem stärksten Druck zustande gekommen wäre. Hoffentlich bringt es der Landtag, obwohl dort die Nationalsozialisten mit Deutschnationalen und Bauernbund noch nicht die Mehrheit haben, über sich, die Folgerungen aus der neuen Entwicklung zu ziehen, ohne daß es erst zur Auflösung und Neuwahlen kommen muß.

Das **Stuttgarter Neue Tagblatt** bemerkt, es sei von Anfang an klar gewesen, daß von den württ. Ministern kein Widerstand gegen eine zeitgemäße Erneuerung des Kabinetts auf Grund des Wahlausfalls zu erwarten stand. Das Blatt weist darauf hin, daß ein „Rücktritt" der Regierung, die nur eine geschäftsführende ist, verfassungsmäßig nicht möglich sei. Aber durchaus möglich dürfte die Neuwahl des Staatspräsidenten sein, sei es, daß das Zentrum seine Stimme jetzt einem nationalsozialistischen Bewerber zuführt oder durch Verweigerung der Stimmabgabe die Wahl ermöglicht. Mit Sicherheit würde mit dem Ausscheiden von Dr. Bolz, Dr. Bazille und Dr. Maier zu rechnen sein. Eine solche Lösung würde im Interesse des ganzen Landes liegen. Es ließen sich so die neuen Erschütterungen, die eine etwaige Neuwahl des Landtags mit sich brächten, vermeiden.

Der **NS.-Kurier** teilt, was von zuständiger Seite bereits als unrichtig bezeichnet worden ist, mit, Polizeipräsident Klaiber habe dem Staatspräsidenten ein Gesuch um Beurlaubung unterbreitet, das jedoch von Bolz abgelehnt worden sei. Im übrigen bezeichnet das Blatt den Beschluß des Staatsministeriums als recht merkwürdig. Eine Einberufung des Landtags kann, so schreibt der NS.-Kurier, nur dann in Frage kommen, wenn die Sicherheit dafür gegeben ist, daß die Wahl des Staatspräsidenten zu einem positiven Ergebnis führt, und zwar auf der Grundlage des Reichstagswahlergebnisses vom 5. März. — An anderer Stelle bespricht das Blatt die Vorgänge vom Dienstag. Es wird zugegeben, daß die Hissung der Hakenkreuzfahne in Stuttgart, in der Absicht geschehen ist, einen Druck auf die Württ. Regierung auszuüben und sie zum Rücktritt zu bewegen. Die Regierung hatte überhaupt keine andere Möglichkeit, als die Demonstrationen in der Bannmeile zuzulassen. Die Polizei hat auf jeden Fall keinen Zweifel darüber gelassen, daß, hätte die Regierung zum Widerstand aufgefordert, sie sich in keiner Weise gegen die SA. und SS. hätte einsetzen lassen.

*

Der Flaggenwechsel in Württemberg

Wie in Stuttgart, so wurden auch anderwärts im Lande, in allen größeren Städten, aber auch in kleineren Gemeinden nun die schwarz-weiß-roten Fahnen und die Hakenkreuzfahnen gehißt. Da und dort vollzog sich dieser Vorgang unter dem Protest der Oberbürgermeister und Bürgermeister. In Tübingen wurde auch auf der Universität und auf dem Schloß die Fahne des neuen und alten Deutschland gehißt. In Ulm wehen die Fahnen auch auf der Polizeikaserne. Abgeordneter Dreher forderte dort vom Rathaus aus den Rücktritt des Gemeinderats, da er nicht mehr dem Volkswillen entspreche. Während des Umzugs erlitt ein Teilnehmer des Stahlhelms einen Schlaganfall und war sofort tot.

Aus Stuttgart wird noch bekannt, daß im Süddeutschen Rundfunk den jüdischen Angestellten der Eintritt verwehrt wurde, bzw. daß diese am Mittwoch zum Dienst gar nicht mehr erschienen sind. Am Mittwoch abend wurden auf der OPD. und der Technischen Hochschule durch SA. die Flaggen gehißt.

Der Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Rund 6 Millionen Arbeitslose

Berlin, 8. März. Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes in der 2. Hälfte des Monats Februar eingesetzt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen belief sich Ende Februar auf rund 6 002 000 und war damit um 45 000 niedriger als Mitte Februar.

Die Bewegungen innerhalb der Arbeitslosenhilfe weichen bemerkenswert von der bisherigen Entwicklung ab. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen nahm ab; sie betrug Ende Februar rund 2 443 000. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging zurück, und zwar auf rund 943 000. Dagegen stieg die Belastung der Krisenfürsorge auf rund 1 512 000 Hauptunterstützungsempfänger. Der Freiwillige Arbeitsdienst bot Ende Februar rund 195 000 Arbeitsdienstwilligen Beschäftigung, d. h. rund 18 000 mehr als Ende Januar.

*

337 513 Arbeitslose in Württemberg und Baden

In der zweiten Hälfte des Februars hat die Belastung des Arbeitsmarktes trotz der ungünstigen Witterung, welche erneut zur Unterbrechung zahlreicher Außenarbeiten zwang, nicht mehr weiter zugenommen, so daß am 28. Februar bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern das registrierte Kräfteangebot von insgesamt 337 513 Personen gegen die Monatsmitte der Zahl nach unverändert blieb. Auf Württemberg und Hohenzollern kamen 143 865 Arbeitsuchende und auf Baden 193 648. Von den Arbeitsuchenden waren 317 742 als an-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

beitslos anzusehen und zwar 132 575 in Württemberg und Hohenzollern und 185 168 in Baden. Die Zahl der Arbeitsuchenden war um 14 480 geringer als am 28. Februar 1932 und die Zahl der Arbeitslosen lag um 22 958 niedriger als im Vorjahre. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war folgender: in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 59 969 Personen (50 165 Männer, 9804 Frauen), in der Krisenfürsorge 90 291 Personen (74 905 Männer, 15 386 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 582 auf 150 620 Personen gestiegen, davon kamen auf Württemberg 69 411, auf Baden 80 849.

Eine Warnung an die Gegner des Nationalsozialismus

Die nationalsozialistische Presse veröffentlicht eine Warnung an die Gegner des Nationalsozialismus. Die Hitlerpresse schreibt:

„Wer es sich heute noch einfallen läßt, in Wort und Schrift Lügen und Verleumdungen über unsere Bewegung, unsere Führer zu verbreiten, wer auf die selbstmörderische Idee verfällt, gegen einzelne Nationalsozialisten schädigende Maßnahmen zu ersinnen, zu befürworten oder gar selbst durchzuführen, gegen den werden wir schonungslos vorgehen.

Ein Wort an die gegnerische und die „neutrale" Presse. Wir verlangen von Zentrumsblättern nicht, daß sie plötzlich, entgegen ihrer inneren Ueberzeugung, im nationalsozialistischen Sinne schreiben. Wir bestehen aber darauf, daß die Herren Schriftleiter sich eines anständigen Tones befleißigen und der Wahrheit die Ehre geben. Dieses Verlangen sollte nicht unbillig, nicht unerfüllbar sein. Können und wollen aber gewisse Blätter sich nicht in obigem Sinne umstellen, so müssen sie damit rechnen, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis diese Journaillen endgültig von der Bildfläche verschwunden sind. Wir warnen nur ein einziges Mal — hiermit geschehen —, nützt das nichts, dann greifen wir zu.

Abschließend eine ernste Mahnung an die Lehrer und Geistlichen. Die Herren Lehrer waren bislang „von oben herunter" angehalten, gewisse Zugeständnisse an die Politik der seitherigen Machthaber zu machen. Dieser Unfug hat aufgehört. Wir fordern, daß ab jetzt in den deutschen Schulen der heranwachsenden Jugend deutsches Wesen unverfälscht übermittelt wird.

Wir Nationalsozialisten wollen in Deutschland protestantische und katholische Geistliche. Zentrums- und evangelische Volksdienst-Pfarrer lehnen wir ab. Der Geistliche hat auf der Kanzel und im Religionsunterricht einzig und allein Diener seiner Kirche, Künder des Gotteswortes und christlicher Nächst- und Bruderliebe zu sein. Ein Pfarrer, ein Kaplan, ein Vikar, der dieser Forderung zuwiderhandelt, schändet das Priesterkleid."

Sozialdemokratischer Einspruch beim Vizekanzler von Papen

Berlin, 8. März. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an den Vizekanzler von Papen ein Schreiben gerichtet, in dem darauf Bezug genommen wird, daß der sozialdemokratische Parteivorstand bereits am 28. Februar Einspruch dagegen erhoben habe, daß Angehörige der Sozialdemokratischen Partei mit dem Brande im Reichstag und irgend welchen geplanten Terrorakten in Zusammenhang gebracht würden. Trotzdem kehre, so heißt es in dem Schreiben weiter, in dem Runderlaß des Reichskommissars für Preußen vom 3. März die gleiche Zusammenstellung der Sozialdemokratischen Partei mit jenen der Terrorakte beschuldigten kommunistischen und anarchistischen Organisationen wieder, und aus dieser Verbindung werde das Recht zum polizeilichen Vorgehen gegen Angehörige sozialdemokratischer Organisationen erneut hergeleitet. Der Parteivorstand erhebt in seinem Schreiben gegen diese Begründung Einspruch mit der Erklärung, daß sich die Sozialdemokratische Partei zu allen Zeiten ihres Bestehens gegen Terrorakte gewandt habe. Das Schreiben schließt mit der Bitte, zu veranlassen, daß die Anweisungen rückgängig gemacht würden, da sie zum Schutze von Ordnung und Sicherheit in keiner Weise gerechtfertigt erschienen.

Zusammenkunft Macdonald-Daladier

London, 8. März. Der Premierminister und Sir John Simon fahren am Donnerstag morgen nach Genf. Der Premierminister hat noch keine Gelegenheit gehabt, den französischen Ministerpräsidenten zu sehen, seit Daladier seine Regierung gebildet hat. Da die britischen Minister am Donnerstag nacht in der britischen Botschaft in Paris bleiben, wird sich eine Gelegenheit zu einer solchen Zusammenkunft vor der Weiterreise nach Genf ergeben.

Daladier und Paul Boncour

Paris, 8. März. Die in Paris abgehaltene Gedenkfeier für Aristide Briand wurde zu einer politischen Kundgebung. Ministerpräsident Daladier führte aus, den Schwierigkeiten, die die Ereignisse bringen könnten und den Gefahren, die Frankreich auf seinem Wege vorfinden sollte müsse mit Kraft und Kaltblütigkeit entgegengetreten werden. Seit dem Kriege sei die Notwendigkeit der Friedensbotschaft Briands vielleicht nie so deutlich zutage getreten wie heute. Außenminister Paul Boncour bezeichnete die Völkerbundspolitik Briands als die von der großen Mehrheit Frankreichs gebilligte Politik. Frankreich habe das Recht und die Pflicht, keinen Grundsatz dieser Politik antasten zu lassen. Die Völkerbundspolitik erfordere, daß der Völkerbund seine Aufgaben erfülle. Die Abrüstungspolitik erfordere, daß niemand aufrüste. Der Außenminister mahnte zum Schluß, nicht den Vorkriegsbündnissen nachzutrauern, sondern das Heil in der Zusammenarbeit Europas und der Welt zu suchen, in der engeren Zusammenschluß von Staatengruppen nur den allgemeinen Zusammenschluß im Völkerbund enger machten.

Die Kammer nahm nach längerer Aussprache das Gesetz über Innere Anleihe mit 360 gegen 185 Stimmen an. Das Gesetz ermächtigt den Finanzminister bis zu einer Grenze von 10 Milliarden Francs Schuldverschreibungen des Schatzamts mit längerer oder mittlerer Frist auszugeben, deren Erlös zur endgültigen Deckung der Fehlbeträge der Haushaltsjahre 1930/31, 1931/32 und 1932 dienen soll.

Neues vom Tage

Reichskanzler spricht am 11. März im Rundfunk

Berlin, 8. März. Reichskanzler Hitler wird am Samstag, den 11. März, in der Zeit von 19.30 bis 20 Uhr über alle deutschen Rundfunksender „Zur Lage" sprechen.

Karl-Liebknecht-Haus der Verfügung des preußischen Staates unterstellt

Berlin, 8. März. Der preußische Minister des Innern teilt mit: Auf Grund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 werden die Räume des Karl-Liebknecht-Hauses, der bisherigen Hochburg der KPD., mit dem darin befindlichen Inventar der Verfügungsgewalt des preußischen Staates unterstellt. Die Räume werden mit dem heutigen Tage der politischen Polizei, und zwar ihrer neu gegründeten Abteilung zur Bekämpfung des Bolschewismus zur Verfügung gestellt. Die Flaggen der siegreichen nationalen Bewegung werden als Symbol des wieder erstarkten nationalen Geistes des deutschen Volkes auf dem Karl-Liebknecht-Haus gehißt werden.

Staatsbegräbnis des erschossenen Hilfspolizisten Geisler

Berlin, 8. März. Der kommissarische preußische Innenminister Göring hat den Antrag des Breslauer Polizeipräsidenten auf Gewährung eines Staatsbegräbnisses für den am Sonntag in Brigittental in Breslau erschossenen Hilfspolizisten, den SA.-Mann Geisler, genehmigt. Der Termin der Beisetzung steht noch nicht fest.

Empfänge beim Reichskanzler

Berlin, 8. März. Reichskanzler Hitler empfing, wie der „Angriff" berichtet, den italienischen Botschafter Cerutti, der die persönlichen Glückwünsche Mussolinis zu dem großen Erfolg der NSDAP. übermittelte. Außerdem stattete auch Reichsbankpräsident Dr. Luther dem Reichskanzler einen Besuch ab. Die Unterredung mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Schieck verlief in jeder Hinsicht freundschaftlich.

SA.-Zug in Breslau beschossen

Breslau, 8. März. Als ein SA.-Zug in Stärke von etwa 250 Mann am Mittwoch morgen durch die Margarethenstraße marschierte, fielen, wie die Polizei meldet, plötzlich einige Schüsse aus dem Gewerkschaftshaus, sowie anscheinend aus dem gegenüberliegenden Haus. Fünf SA.-Leute erlitten Schußverletzungen. Ein 20jähriger SA.-Mann, der einen schweren Bauchschuß erhalten hatte, starb während der Operation im Krankenhaus. Die SA. besetzte sofort zusammen mit der Polizei das Gewerkschaftshaus. Bisher sind 11 Personen festgenommen worden. Der Personenkraftwagen, der die fünf verletzten SA.-Männer ins Krankenhaus schaffte, stieß mit einer Radfahrerin zusammen. Diese erlitt so schwere Verletzungen, daß sie starb.

Zersetzungsschriften in einer Leninbüste

Erfurt, 8. März. Bei der Räumung des Erfurter kommunistischen Parteihauses wurden in den Kellern mehrere hunderttausend Stück kommunistischer Broschüren und Flugblätter beschlagnahmt. Eine größere Zahl von Zersetzungsschriften war in einer 75 Zentimeter hohen Lenin-Gipsbüste versteckt. In dem Hause war eine Alarmklingeleinrichtung ausgelegt. Mehrere Personen wurden im Laufe des Tages wegen politischer Delikte festgenommen, darunter ein Mann, der, ohne der NSDAP. anzugehören, SA.-Uniform trug und Straßenpassanten belästigte. In Nordhausen wurde eine kommunistische Geheimdruckerei in einem Keller entdeckt.

Das japanische Kabinett beschließt den Austritt aus dem Völkerbund

Tokio, 8. März. Das japanische Kabinett stimmte in aller Form der Note zu, in der der Austritt Japans aus dem Völkerbund erklärt wird. Die Note muß zunächst dem Kaiser vorgelegt werden. Der Geheime Rat wird sich mit der Frage des Austritts am Freitag befassen und die förmliche Notifizierung wird voraussichtlich am 20. März dem Völkerbund übergeben werden.

Rußland tritt dem Völkerbundsentschluß zum chinesisch-

Ganz Jehol von Japanern genommen

Jehol, 8. März. (Reuter.) Die Japaner haben nach einem Luftbombardement Kuepikou, die letzte strategische Position der Chinesen in der Provinz Jehol, eingenommen. Die chinesischen Truppen, die unter dem Befehl von General Wantschen stehen, sind in völliger Auflösung geflohen.

Tokio, 8. März. (Reuter.) Aus Tuschitau trifft die Nachricht ein, daß General Tangyulin, der Jehol aufgegeben und sich den Unwillen ganz Chinas zugezogen hatte, in Weifengkau von Soldaten Tschanghsüliangs ermordet worden sei.

Wiederaufnahme des Kundenverkehrs bei den amerikanischen Banken

Neuyork, 8. März. Das wichtigste Ergebnis ist die Wiederaufnahme des Kundenverkehrs bei zahlreichen Banken in Neuyork und in einer Reihe anderer Bundesstaaten. Die Banken ließen allerdings alle Vorsichtsmaßregeln treffen, um das Hamstern von Bargeld und unnötige Abhebungen zu verhindern. Eine Reihe von Goldhamstern haben übrigens ihr Gold wieder zurückgebracht und unter den neuen Einlagebedingungen deponiert. In Kongreßkreisen erklärt man, daß die Gefahr einer Abwertung des Dollars absolut nicht besteht, und daß eine Aenderung der Gesetze in dieser Richtung auch nicht beabsichtigt ist. Das gesamte Volk stehe hinter dem Präsidenten, der mit eiserner Energie entschlossen sei, ohne Rücksicht auf die privaten Wünsche gewisser Finanzkreise die Reformen durchzuführen. Man erwartet im übrigen, daß das Schatzamt in allerkürzester Frist neue Vorschriften erlassen wird, nach denen die Bankkunden ein Drittel ihrer Depositen abheben können.

Straßenzwischenfall in Bremen — Der Konsul von Peru leicht verletzt

Bremen, 8. März. Der Konsul von Peru wurde von einem unbekannten Täter überfallen und am Auge verletzt. Wie der Polizeibericht besagt, soll der Täter ein Hakenkreuzabzeichen getragen haben. Wie weiter festgestellt wird, dürfte es sich aber ganz zweifellos um die Tat eines kommunistischen Provokateurs handeln. Der kommissarische Polizeipräsident begab sich sofort ins Krankenhaus und drückte dem Konsul das Bedauern der Polizeidirektion aus.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 9. März 1933.

Amtliches. Verliehen wurde Amtsgerichtsrat Dr. Brauer in Neuenbürg die Amtsbezeichnung Amtsgerichtsdirektor.

— **Waldbrandgefahr.** Das Frühjahr ist die gefährlichste Jahreszeit der Waldbrände. Da weitaus die meisten Waldbrände durch Fahrlässigkeit entstehen, ist es nötig, die Bevölkerung, besonders rauchende Spaziergänger und die Wanderer, immer wieder nachdrücklich auf die Bestimmungen des Forstpolizeigesetzes hinzuweisen, wonach es verboten ist, mit unverwahrtem Feuer oder Licht, also brennenden Zigarren, Zigaretten, Pfeifen ohne Deckel den Wald zu betreten, im Walde brennende oder glimmende Gegenstände wegzuwerfen oder unvorsichtig zu handhaben, und im Walde oder in gefährlicher Nähe desselben Feuer anzuzünden. Aufgabe der Eltern und der Schule muß es sein, vor allem die jugendlichen Wanderer auf den großen Schaden aufmerksam zu machen, der durch ein weggeworfenes Zündholz oder eine Zigarette oder durch das neuerdings so sehr beliebte Abkochen im Walde entstehen kann. Wer einen Waldbrand wahrnimmt, hat, wenn die sofortige Unterdrückung des Brandes nicht gelingt, so schnell als möglich dem Ortsvorsteher der nächsten Gemeinde Anzeige zu machen; auch ist jedermann verpflichtet, zur Löschung eines Waldbrandes auf Aufforderung des zuständigen Beamten Hilfe zu leisten. Ein Nichtbefolgen dieser Bestimmungen ist strafbar. Ganz besonders kommt es darauf an, daß ein Waldbrand im Entstehen unterdrückt wird, deshalb sollten die Löschenden möglichst rasch zur Stelle sein (womöglich unter Benützung von Fahrrädern oder Kraftwagen) und sofort auch die zur Löschung nötigen Werkzeuge mitbringen. Hierzu gehören in erster Linie Hauen, Schaufeln, Kreuzpickel und Patschen zum Ausschlagen des Feuers, Abziehen des Bodenüberzugs und Bedecken mit Erde, sodann Aexte und Sägen. Es ist dringend wünschenswert, daß in jeder Gemeinde an einem allgemein bekannten Platz (Spritzenhaus bezw. Rathaus) diese Werkzeuge in der erforderlichen Anzahl bereit gehalten und im Falle eines Waldbrandes so rasch wie möglich, d. h. bei größeren Entfernungen mit Fuhrwerk oder Kraftwagen auf den Brandplatz geschafft werden. Der Wald ist ein so kostbares Gut, daß man nicht leichtsinnig damit umgehen darf, vielmehr alle Mittel anwenden muß, um Gefahren von ihm abzuwenden und seine Erzeugnisse ungeschmälert der Allgemeinheit zu erhalten.

Nagold, 8. März. (Die Hakenkreuzfahne und Schwarz-Weiß-Rot auf dem Rathaus und Seminar.) Seit gestern weht die Hakenkreuzfahne und Schwarz-Weiß-Rot auf dem hiesigen Rathaus und Seminar.

Nagold, 9. März. (Lichtbilder-Vortrag.) Gestern abend fand im Festsaal des Seminars, veranlaßt vom Verein für das Deutschtum im Ausland, ein Lichtbilder-Vortrag von Herrn Hlawa über den „Kampf um den deutschen Osten" statt. Oberstudiendirektor Ullrich konnte in seinen einführenden Worten eine ansehnliche Besucherzahl begrüßen. Eingeleitet wurde der Vortrag durch einen Satz aus der Symphonie von Haydn, gespielt vom Seminarorchester. Herr Hlawa gab dann in seinem sehr anschaulichen Vortrag einen interessanten Einblick in die deutschen Gebiete außerhalb der Landesgrenze. 15 Millionen deutsche Männer und Frauen, mehr als Baden, Hessen, Württemberg, Bayern und Thüringen zusammen Einwohner zählen, sind in den Gebieten Südtirol, Tschechei, Weichselkorridor und Danzig, die durch den Schmachvertrag von Versailles von Deutschland abgetrennt wurden. Alle hängen sie mit warmer Liebe am deutschen Vaterland und wünschen wieder mit ihm verbunden zu sein. Diese Not der deutschen Landsleute im Ausland zeigt sich besonders in kultureller Hinsicht. In den Schulen erfolgt der Unterricht in allen Fächern in fremdländischer Sprache, deutsche Art und deutsche Sitte wird so bewußt unterdrückt und auszurotten versucht. Der Verein für das Deutschtum im Ausland ist jahraus, jahrein bemüht, dieses Los erträglicher zu gestalten; er bedarf aber hierzu der Unterstützung und der Einsatzfreudigkeit jedes Einzelnen, um deutsches Wesen und deutschen Geist auch in diesen Gebieten zu erhalten. Mit zahlreichen Lichtbildern, Fotos, statistisch-geographischen und graphisch-statistischen Darstellungen wurden die Ausführungen lebendig veranschaulicht. Der Vortrag Herrn Hlawas, der in warmen herzlichen Worten um die deutsche Sache im Ausland warb, fand dankbaren Beifall. Zum Abschluß spielte das Seminarorchester noch einen weiteren Satz aus der Haydn-Symphonie. Hö.

Sulz, OA. Nagold, 7. März. Am Montag hielt der Freiwillige Arbeitsdienst seinen Einzug im Saal der Kinderschule. Das Lager zählt bis jetzt 22 Männer, doch sollen im Lauf der Zeit noch einige weitere hinzukommen.

= **Calw**, 8. März. Die Zahl der Apfelbäume beträgt auf der Markung Calw 9087, die der Birnbäume 5004, der Pflaumen- und Zwetschgenbäume 2533, der Kirschbäume 280, der Mirabellen u. Reineclauden 111, der Aprikosen 3, der Pfirsiche 113 und der Walnüsse 92. Das Gesamtresultat ergibt die stattliche Zahl von 17 223 Obstbäumen.

= **Calw**, 8. März. Heute früh wurde auf dem Rathaus eine Hakenkreuzfahne und eine schwarz-weiß-rote Flagge von Abteilungen der SA. und des Stahlhelms angebracht. Nachmittags versuchten eine größere Zahl von Kommunisten, die Fahnen herunterzuholen und drangen in das Rathaus ein. Sofort stürmten die Nationalsozialisten nach und warfen beim Handgemenge die Kommunisten von den Rathausstaffeln ab. Die Polizei war augenblicklich zur Stelle und hieb auf die Kommunisten mit Gummiknüppeln ein, so daß der Auflauf zurückgedrängt wurde. Die Sache sah sehr bedrohlich aus; dem energischen Auftreten der Polizei ist es zu danken, daß es nicht zu größeren Ausschreitungen kam.

= **Calw**, 8. März. Ein Auto mit verschiedenen Marktbesuchern fuhr von hier nach Holzbronn. Bei der Station Teinach hatte es einen Zusammenstoß mit einem fremden entgegenkommenden Auto. Beide Fahrzeuge wurden schwer mitgenommen. Eine 70 Jahre alte Frau, die in dem Holzbronner Auto saß, stieg nach dem Zusammenstoß aus dem Wagen und fiel tot zu Boden. Aus Angst hatte die Frau einen Herzschlag erlitten; Verletzungen waren an ihr nicht wahrzunehmen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wildbad, 7. März. (Motorrad-Unfall.) Am Samstag abend wollten drei Personen, die hier gezecht hatten und schon angeheitert waren, mit dem Kraftrad nach Aichelberg fahren. An der Abzweigung von der Wildbader- in die Aichelberger Straße nahmen sie den Bogen zu weit, fuhren auf den Randstein und stürzten. Einer mußte mit dem Krankenkraftwagen abgeholt werden, während die andern zwei etwas besser davon kamen. Sie konnten den Heimweg zu Fuß zurücklegen. Das Kraftrad wurde zertrümmert.

Conweiler, 8. März. Von der Hauptversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Gold- und Silberarbeiter, Ersatzkasse Schwäb. Gmünd (Verwaltungsstelle Conweiler). Bezirksdelegierter Fr. Ochs erstattete dabei Bericht über die Hauptversammlung am 10. Februar in Stuttgart. Infolge eines Abmangels bei der Hauptkasse von ca. 152 000 Mark hat das Reichsaufsichtsamt bei der Revision die Höhe der Verwaltungskosten (12 Prozent) beanstandet. Lt. Beschluß der Hauptversammlung werden nun die Verwaltungskosten um ein Viertel ermäßigt. Sämtliche Funktionäre werden beibehalten. Schriftführer und Ausschußmitglieder kommen in Wegfall, an Stelle der örtlichen Kontrolleure tritt ein von der Hauptversammlung bestimmter Bezirkskrankenkontrolleur mit Auto. Der Name der Kasse wird in „Gmünder Ersatz- und Zuschußkasse" abgeändert.

Herrenberg, 8. März. (Hakenkreuzfahne auf dem Oberamt.) Gestern abend kurz nach 7 Uhr wurde auf dem hiesigen Oberamt die Hakenkreuzfahne gehißt.

Herrenberg, 8. März. (Generalversammlung der Schwarzwald-Schäfer.) Am Samstag waren hier im Bahnhofgasthaus die Schafhalter und Schäfer aus dem ganzen Schwarzwaldgebiet zur Generalversammlung versammelt. Die süddeutsche Schäferei befindet sich bekanntlich seit einigen Jahren auch in einer drückenden Notlage, die am besten dadurch gekennzeichnet wird, daß die Wollpreise im verflossenen Jahr einen Tiefstand erreichten, wie seit 60 Jahren nicht. Noch 1928 galt die Wolle 271 ℳ der Zentner, 1932 aber nur noch 78 ℳ für Rückenwäsche. In einem umfassenden Vortrag besprach Tierzuchtinspektor Mayer von der Landwirtschaftskammer die zur Steuerung der Not unternommenen Maßnahmen hinsichtlich des Verwendungszwangs für deutsche Wollen, der Werbung für vermehrten Hammelfleisch-Verbrauch und der Senkung der Pachtpreise für die Schafweiden. Es wurde erreicht, daß künftig mehr als bisher deutsche Wolle zu den Uniformen der Reichswehr und der Polizei, sowie zu der Einheitskleidung der nationalen Verbände verwendet werden soll. Die Hammelfleisch-Propaganda soll weiter gefördert werden, die Senkung der Pachtpreise ist in den meisten Fällen ermöglicht worden. Der Redner ging dann in ganz besonderer Weise auf die auch in der Schafzucht zur Durchführung kommenden Leistungsprüfungen ein, die schon bei den Stallzuchten und den Körungen einsetzen sollen. Es werden künftig nur Tiere berücksichtigt werden, die dem Zuchtziel entsprechen. Von wesentlicher Bedeutung ist die Einrichtung einer Bock-Lämmer-Weide, die sich voriges Jahr sehr gut bewährt hat und dieses Jahr wieder durchgeführt werden wird. Auch auf die Wolle wird die Leistungsprüfung ausgedehnt, ebenso auf die Lämmererzeugung. Zum Schluß machte der Redner noch auf die Landesbockschau am 29. und 30. März in Ulm aufmerksam. Den Ausstellern soll wieder 30 Prozent des Ankaufspreises vergütet werden.

Stuttgart, 8. März. (Von der Holzwirtschaft.) Wie wir erfahren, ist an Stelle des aus dem Staatsdienst ausgeschiedenen Oberregierungsrats Dr. Schiller dessen Nachfolger, Oberregierungsrat Mosthaf, durch Beschluß des Staatsministeriums mit der Bearbeitung aller Angelegenheiten auf dem Gebiet der Holzwirtschaft beauftragt worden.

Stuttgart, 8. März. (Kein Betreten des Landtags.) Landtagspräsident Mergenthaler hat die Verordnung zur Sicherung der Landtagsgebäude, nach der eine Besuchssperre durchgeführt wird und im allgemeinen nur Mitglieder und Beamte des Landtags und der Ministerien Zutritt haben, während den Abgeordneten und Angestellten der Kommunistischen Partei das Betreten des Landtagsgebäudes überhaupt untersagt ist, auf unbestimmte Zeit verlängert.

Eßlingen, 8. März. (Arbeitereinstellung.) In der letzten Zeit wurden von der Maschinenfabrik Eßlingen 200 Arbeiter neu eingestellt.

Donnstetten, OA. Urach, 8. März. (Autounfall.) Am Dienstag geriet Metzgermeister Rieß von Feldstetten mit seinem mit vier Personen und vier Kälbern beladenen Auto ins Schleudern, wodurch sämtliche vier Personen aus dem Wagen geschleudert wurden. Der am Steuer sitzende Metzgergehilfe Baumann von Feldstetten, sowie ein 27 Jahre altes Mädchen verunglückten durch den Sturz besonders schwer. Beide schweben in Lebensgefahr.

Neckarsulm, 8. März. (Tödlich verunglückt.) Bei einem schweren Autounglück, das sich auf der Neckartalstraße bei Hirschhorn zutrug, verunglückte, wie berichtet, der Vertreter des Molkereiverbandes Kempten in Heidelberg sehr schwer. Der Verunglückte ist nunmehr gestorben.

Burgfelden, OA. Balingen, 8. März. (3000 RM. Belohnung.) Am Neujahrstag dieses Jahres brannte hier das Gasthaus z. Krone nieder. Da dringender Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung besteht, hat die Württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 3000 RM. ausgesetzt.

Riedlingen, 8. März. (Vermißt.) Seit Mittwoch abend wird der verheiratete Flaschner Gregor Höfling von hier vermißt.

Münsingen, 8. März. (Arbeitereinstellung.) Bei der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Münsingen wurden etwa 30 Arbeiter eingestellt zum Steinbrechen.

Wangen i. A., 8. März. (Brand.) Nachts brach in Schlachters im alten, isoliert stehenden, aus Holz gebauten Anwesen des Landwirts Alfons Stohr ein Brand aus, dem das ganze Anwesen zum Opfer fiel. Mit Mühe konnte das Vieh gerettet werden.

Ulm, 8. März. (Schwer verunglückt.) Ecke Bock- und Glasgasse fuhr ein radfahrender Schüler in ein Lastauto und wurde überfahren. Die Verletzungen sind so schwer, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Buttenhausen, OA. Münsingen, 8. März. (Schadenfeuer.) Morgens stand das Anwesen des Handelsmannes Hugo Tannhauser, bestehend aus Wohnhaus, Scheune und Stallung, nächst dem Rathaus gelegen, in Flammen. Das Inventar konnte größtenteils gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung.

Aus Baden

Pforzheim, 8. März. (Die Fahnen wieder eingeholt.) Gestern abend um 8 Uhr wurden dem Vorhaben gemäß die beiden am Rathaus gehißten Fahnen, Hakenkreuzbanner und Schwarz-Weiß-Rot, von mehreren Abteilungen der nationalsozialistischen SA. und SS. und des „Stahlhelms" mit militärischen Ehren wieder eingeholt. Während die uniformierten Abteilungen auf dem Marktplatz Aufstellung nahmen, sammelte sich dort eine größere Menschenmenge an. Unter den Klängen der Stahlhelmkapelle wurden sodann beide Fahnen eingezogen. Anschließend wurde von allen Versammelten das Deutschlandlied gesungen.

Pforzheim, 8. März. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr in der Gymnasiumstraße zwischen Schiller- und Gartenstraße. Zwei Nachbarsfrauen, die beide ihre Kinderwagen bei sich hatten, waren auf dem Heimweg aus der Stadt. Dabei schob die 22jährige Frau Gertrud Wintermantel aus der Gymnasiumstraße 122 ihren Wagen auf der Straße unmittelbar neben dem Bürgersteig, der nicht sehr breit ist, während ihre Begleiterin, Frau Grießmeier, auf dem Gehweg ging. Plötzlich wurde Frau Wintermantel von einem Personenkraftwagen von hinten überfahren und ein Stück geschleift. Der Kinderwagen wurde auf den Bürgersteig geschleudert. Während der vier Wochen alte Säugling unverletzt blieb, wurde die Mutter, der ein Rad des Kraftwagens über den Leib ging, schwer verletzt. Mit einer Milzzerreißung und anderen inneren Verletzungen wurde sie ins Krankenhaus geschafft. Ihr Zustand ist äußerst ernst. Wie der Unfall geschehen konnte, ist noch nicht geklärt. Die Polizei ist mit der Untersuchung beschäftigt. Der Kraftfahrer, der Inhaber eines hiesigen Sodawassergeschäftes, wurde zunächst in Haft genommen.

Pforzheim, 8. März. Die Pforzheimer Polizei hat den Wirt vom „Hermannsteg", August Rathfelder, festgenommen. Der Wirt des Lokals, in dem viele Kommunisten ein- und ausgehen, soll über den Reichskanzler Adolf Hitler verächtliche und beleidigende Aeußerungen getan haben.

Das Handwerk ohne Arbeit

Es geht um einen wichtigen Teil unseres Volkes und unserer Wirtschaft

Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt hiezu:

Die augenblickliche Lage des Handwerks. Für das Handwerk war der vergangene Monat besonders schlimm. Kaum jemals in den letzten Jahrzehnten ging das Geschäft so langsam und schleppend wie seit einigen Wochen. Die Berichte aus den verschiedenen Berufszweigen stimmen darin überein, daß der Geschäftigungsgrad infolgedessen auf einen bedenklichen Tiefstand herabgesunken ist. Ueberall begegnete das Handwerk äußerster Zurückhaltung. Nur der dringendste Bedarf wurde gedeckt. Im wertmäßigen Umsatz wirkte sich dies noch insofern ungünstiger aus, als meistens billigste Ware und Ausführung verlangt wurde. Die Geschäftsergebnisse des vergangenen Monats waren deshalb wieder ganz unbefriedigend.

Eine große Sorge für das Handwerk ist, daß die Bezahlung der Lieferungen und Arbeiten vielfach außerordentlich langsam vor sich geht. Selbst für kleinere Beträge werden lange Zahlungsfristen gefordert und müssen wohl oder übel unter dem Druck der Verhältnisse auch zugestanden werden, nur um wenigstens den Betrieb schließlich nicht ganz zumachen zu müssen.

Handwerk und Arbeitsbeschaffung. Große Beachtung legt das Handwerk den Maßnahmen der Reichsregierung zur Beschaffung von Arbeit bei. Das Handwerk weiß die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung zu schätzen, die namentlich darin bestanden, daß für Althausreparaturen bis jetzt 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurden. Die vielen Anträge und die rasche Erschöpfung dieser Zuschüsse zeigen deutlich hierin ein wirksames Mittel zur Belebung namentlich der Handwerkswirtschaft und damit auch der vielen hinter ihr stehenden Industriezweige und nicht zuletzt auch der Landwirtschaft auf. Was wäre gegebener, als noch etwas weiter zu greifen und bis zur Grenze des wirtschaftlich Verantwortlichen und Tragbaren auf diesem Wege der Arbeitsbeschaffung vorzugehen. Das Handwerk möchte die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen im Reich auf diese Frage nochmals entsprechend hinlenken und wendet sich auch an die Bevölkerung um Unterstützung, denn ohne Zweifel ist dies eine Möglichkeit zur Linderung der Arbeitsnot, wie sie sich umfassender und tiefgreifender nicht denken läßt, zumal es hier als Aktivum auf der anderen Seite um die Erhaltung und Vermehrung ganz ungeheurer Werte geht. Ein rascher Güterumschlag, stärkere Ausnützung der Betriebe, damit eine verhältnismäßige Verminderung der festen Kosten trägt zu einer Beseitigung mancher Hemmungen und Lähmungen der Wirtschaft bei.

Arbeit geben und Arbeit schaffen gilt für jeden Einzelnen, nicht bloß für den Staat und sonstige öffentliche Anstalten. Dann aber muß auch jede Arbeit dem selbständigen Handwerker zukommen; denn das ist am wirtschaftlichsten, weil es das Handwerk in die Lage versetzt, seinerseits die brachliegenden Arbeitskräfte der verschiedensten Berufe aufzunehmen, sie wieder in den Arbeitsprozeß einzufügen und durch ihre Arbeit den Ertrag der gesamten Wirtschaft zu steigern. Dadurch wird die Grundlage für eine weitere Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen. Die Schwarzarbeit schadet einem erheblichen und wichtigen Teil der deutschen Wirtschaft schwer. Deshalb darf sie nicht unterstützt werden. Es ist eine nationale Aufgabe ersten Ranges, die jedem Einzelnen gestellt ist, alles zu tun, was der Wirtschaft dienlich ist, und sein Handeln und Denken entsprechend einzurichten.

Dazu gehört, daß, wer etwas braucht, machen läßt, oder eine Arbeit zu vergeben hat, sie dem selbständigen Handwerker zukommen läßt.

Nochmals die Preisfrage. Für die Handwerkswirtschaft besonders nachteilig ist, daß die Preise vielfach ganz unzureichend sind. Die Verdienstmöglichkeiten sind so gering geworden, daß trotz starker Einschränkungen der persönlichen Lebenshaltung ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben sich vielfach nicht erzielen läßt. Wichtige Betriebsbedürfnisse können nicht mehr befriedigt werden. Die furchtbaren, geradezu vernichtenden Preisunterbietungen sind nicht etwa eine Folge eines wirtschaftlich gerechtfertigten Wettbewerbs, sondern Ausdruck eines verzweifelten Ringens um Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten. Das Gebot der Gerechtigkeit verlangt, den Leistungen des andern einen Preis zuzugestehen, wie man ihn auch für sich selbst verlangt. Die Konkurrenz sorgt dafür, daß die Preise im Handwerk den heutigen Verhältnissen angemessen sind. Richtet sich ein Betriebsinhaber nicht darnach, würde er Gefahr laufen, seine Kundschaft zu verlieren. Deshalb wendet sich auch das Handwerk mit dem dringenden Appell an die Bevölkerung: Keine Hunger- und Elendspreise, sondern Preise, die dem Handwerker auch sein Leben und seine Existenz ermöglichen. Das Handwerk und der gewerbliche Mittelstand erträgt es bei der heutigen Geschäftslage nicht, bei Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsvereinigung noch eine Extravergütung oder Preisnachlaß zu geben, wo doch der geschäftliche Wettbewerb zu äußerster Kalkulation zwingt und eine weitere Herabsetzung der Preise nur auf Kosten des Geschäftsvermögens geht. Die Folge wäre eine noch weitere Abwürgung des Wirtschaftsverkehrs und würde geradezu das Gegenteil von dem herbeiführen, was der deutschen Wirtschaft so bitter not tut, eine Belebung.

Chlorodont
- die Qualitäts-Zahnpaste -
Chlorodont, morgens und vor allem abends angewendet:
macht die Zähne blendend weiß und erhält sie gesund
ist sparsam im Verbrauch und daher preiswert

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Vertretung für Reichskommissar Dr. Gerekke. Die Vertretung des erkrankten Reichskommissars für die Arbeitsbeschaffung Dr. Gerekke hat Ministerialrat Raps übernommen.

1200 Mann Hilfspolizei für Hessen. Etwa 500 Mann Hilfspolizei wurden auf dem Hofe des alten Palais durch die Beauftragten des Reichsinnenministeriums verpflichtet. Insgesamt sollen in Hessen 1200 Mann Hilfspolizei eingesetzt werden, und zwar in Darmstadt, Offenbach, Mainz, Worms, Gießen, Bensheim und Friedberg.

Das Verbot der „Roten Fahne" um 6 Monate verlängert. Der Polizeipräsident hat das Verbot der „Roten Fahne", das bisher auf 1 Monat ausgesprochen war, um 6 Monate bis zum 25. August 1933, verlängert.

Wechsel in der Leitung der Plauener Stadtverwaltung. Die Geschäfte der Stadtverwaltung wurden von Stadtrat Worner übernommen, nachdem der bisherige Oberbürgermeister Dr. Schlotte auf Vorstellungen der Mitglieder der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion sein Amt unter Vorbehalt weiterer Schritte zur Verfügung gestellt hatte.

Oberlandjäger von Kommunisten angeschossen. Während einer Waffensuche bei drei Kommunisten in dem Dorfe Krappitz bei Oppeln, wurde ein Oberlandjäger durch zwei Schüsse schwer verletzt. Zwei Kommunisten entkamen, der dritte wurde festgenommen.

Nationalsozialist seinen Verletzungen erlegen. Der 23jährige Nationalsozialist Franz Kopp, der am 1. März in Schöneberg von Kommunisten durch einen Bauchschuß schwer verletzt worden war, ist gestorben.

Karl Schwabe in Aleppo gelandet. Der Jungflieger Karl Schwabe aus Partenkirchen, der, obgleich er erst vor einem halben Jahre fliegen gelernt hat, zur Zeit einen Flug von Deutschland nach Kapstadt ausführt, hat Kleinasien erreicht.

Beim Geldverladen 39 000 RM. gestohlen. Beim Verladen von Geldsäcken vor dem Hauptgebäude der Städtischen Sparkasse in Köln sind zwei Geldbeutel mit zusammen 39 000 RM. gestohlen worden. Der Tat dringend verdächtig ist ein Geldzähler der Kasse, der geflüchtet ist.

Aus dem Gerichtssaal

Freudenstadt, 8. März. (Vom Amtsgericht.) Ein Pferdehändler kaufte von auswärts um 900 Mark einen Gaul; der Verkäufer hatte sich daran ausdrücklich das Eigentumsrecht vorbehalten. Einem Liebhaber verkaufte er das Pferd um 1200 Mark. Dieser erklärte ihm aber beim Weiterverkauf ausdrücklich, daß er die 1200 Mark nicht bar bezahle, sondern mit Schulden, die der Pferdehändler bei ihm hatte, verrechne. Darauf ging schließlich der Pferdehändler ein, der beim Kauf des Pferdes 200 Mark anbezahlt hatte und somit noch 700 Mark schuldig war. Diesen Betrag von 700 Mark konnte er nun aber dem ursprünglichen Eigentümer des Pferdes deshalb nicht mehr bezahlen, weil er selbst vermögenslos war. Die Anklage lautete auf Unterschlagung, weil der Pferdehändler über das unter Eigentumsvorbehalt verkaufte Pferd verfügt hatte, ohne dem Verkäufer den Restkaufpreis zu bezahlen. Das Gericht folgte dem Antrag des Staatsanwalt und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, weil es in dem Verhalten des Angeklagten einen groben Vertrauensmißbrauch sah und der angerichtete Schaden, der vorläufig noch nicht gut gemacht ist, ein ganz erheblicher ist.

Gefängnisstrafen für kommunistische Flugblattverteiler

Cannstatt, 8. März. Vom Schnellrichter wurden fünf arbeitslose Kommunisten wegen Zuwiderhandlung gegen Paragraph 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat zur gesetzlichen Mindeststrafe von je einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten hatten am 3. und 4. März verbotene Flugblätter auf der Straße verteilt und in Hausbriefkästen geworfen.

Handel und Verkehr

Bericht von der Leipziger Messe

In den Messehäusern der Altstadt hält ein reger Ausländerbesuch an. Die deutsche Kundschaft beschränkt sich meist auf kleine Aufträge. In der Porzellanindustrie konzentriert sich die Nachfrage auf geschmackvolle Gebrauchsgeschirre in mittlerer und billiger Preislage, worin ein großes Angebot vorliegt. Die alten Streublumenmuster werden wieder beliebter. Gut ist Angebot und Nachfrage in feuerfesten Hartporzellangegenständen, die vom Herdfeuer gleich auf den Tisch kommen können. Das frühere übergroße Angebot in Kristall ist wesentlich eingeschränkt, was offensichtlich den auf dieser Messe vertretenen Firmen zugutekommt. Recht guten Besuch von Interessenten hat das im Grassi-Museum ausstellende Kunstgewerbe aufzuweisen, wo auf künstlerisch gestaltete Gebrauchsware in Gläsern, Emailles und Metall teilweise schon ganz gute Aufträge auch aus dem Auslande, besonders England und Holland, erteilt worden sind. In allen Messebranchen besteht nach wie vor ein lebhaftes Interesse für alle Waren, die für Einheitspreisgeschäfte in Frage kommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bei der Technischen Messe fand nach Abschluß der Straßenbautagung, die dem Siedlungsstraßenbau gewidmet war, unter großer Beteiligung der Fachinteressenten eine Besichtigung der Autostraßen und der Siedlungsstraßen in der Umgebung Leipzigs statt. In den Maschinenhallen hält ein normaler Besuch an. Auch hier macht sich die ausländische Kundschaft stark bemerkbar. Reges Interesse besteht für Maschinen und Apparate, durch die man den vorhandenen Maschinenpark zeitgemäß verbessern kann. Die Technische Messe wird durch die am Mittwoch beginnende Fachtagung über Heizung und moderne Wirtschaft ihre Anziehungskraft auf neue Interessentengruppen erweisen. Die Konkurrenz der Länder, die sich vom Goldstandard abgewandt haben, ist insofern deutlich auf der Messe zu spüren, als englische, dänische und japanische Porzellanfirmen durch ihre deutschen Vertreter eine rege Werbetätigkeit entfalten. Das japanische Dumping in billigsten Stahlwaren ist deutlich in der nachlassenden Nachfrage der ausländischen Kundschaft nach Solinger Messern und Scheren zu spüren.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 8. März. Weizen märk. 199 bis 201, Roggen märk. 155—157, Braugerste 172—180, Futter- und Industriegerste 163—171, Hafer märk. 126—129, Weizenmehl 23.75—27.25, Roggenmehl 20.90—22.85, Weizenkleie 8.75—9, Roggenkleie 8.75—9, Viktoriaerbsen 21—24, kleine Speiseerbsen 19 bis 21, Futtererbsen 12—14 RM. Allgemeine Tendenz: schwächer.

Besitzwechsel

Schönmünzach, 7. März. (Hotelversteigerung.) Das Hotel „Waldhorn" hier ging in der heutigen Versteigerung an den zweiten Hypothekengläubiger, Herrn Holzschuh aus Pforzheim, über. Dem Ersteher geht als Hotelfachmann der beste Ruf voraus. Möge es ihm gelingen, das Hotel einer neuen Blütezeit zuzuführen!

Märkte

Sulz a. N., 8. März. Dem gestern hier abgehaltenen Vieh-, Ziegen- und Schweinemarkt wurde zugetrieben: 17 Ochsen, 69 Stiere, 46 Kühe, 129 Kalbinnen, 76 Rinder und 6 Kälber, zusammen 343 Stück. Der Handel war ziemlich flau. Es wurde bezahlt für 1 Paar Ochsen 700—800 ℳ, für 1 Paar Stiere 350—650 ℳ, für Kühe 150—290 ℳ, für Kalbinnen 250 bis 400 ℳ, für halbjährige Rinder 70—110 ℳ und für einjährige Rinder 150—180 ℳ pro Stück. Der Schweinemarkt war mit 349 Stück Milchschweine befahren, welche zu 30—44 ℳ pro Paar raschen Absatz fanden.

Ulm, 8. März. (**Pferdemarkt.**) Der Pferdemarkt wies eine starke Zufuhr auf. Es wurden 315 Pferde zugefahren. Die Preise sind gegenüber dem letzten Markt fast gleich geblieben. Es kosteten schwere Pferde 1000—1200 RM., mittlere 800—1000, jüngere Pferde (Fohlen) 500—700, Schlachtpferde 20—80 RM. Handel anfänglich flau, später lebhaft.

Konkurse

Adolf Henzler und Magdalene geb. Schietinger, Landwirtseheleute in Neudern OA. Nürtingen.

Vermittlungsverfahren

Karl Schweizer und Marie geb. Arnold, Landwirtseheleute in Wolfschlugen OA. Nürtingen.

Letzte Nachrichten

SA. und SS. besetzen das Volkshaus in Zittau und die öffentlichen Gebäude

Zittau, 8. März. Die städtische Polizei besetzte heute nachmittag das sozialdemokratische Volkshaus und die Volksbuchhandlung aus sicherheitspolizeilichen Gründen, nachdem ihr von der SA.-Leitung mitgeteilt worden war, daß in den späteren Nachmittagsstunden die beiden genannten Lokale von ihr übernommen werden würden. Die Polizei legte die Kassen und Geldschränke unter Siegel, sicherte sonstige Vermögensbestände und zog dann geschlossen wieder ab. Anschließend rückte die SA. und die SS. in einer Stärke von etwa 400 Mann vor dem Volkshaus bezw. der Volksbuchhandlung vor, besetzte beide Gebäude und zog in Anwesenheit von mehreren Tausend Menschen die Hakenkreuzfahne auf. Nach dem Abrücken ließen die SA.-Leute je zwei mit Karabinern bewaffnete SA.-Männer als Wache zurück. Das gesamte von den Nationalsozialisten vorgefundene Material — rote Fahnen, Werbeschriften, Zeitungen, Bücher usw. — wurden gegen 20 Uhr auf der Neustadt öffentlich verbrannt. — Wie das Polizeipräsidium in Zwickau mitteilt, wurden im Laufe des heutigen Tages sämtliche öffentliche Gebäude von SA.-Leuten besetzt. Die ganze Aktion geht in völliger Ruhe und Ordnung vor sich.

Dresden, 8. März. Die Besetzung erfolgte aufgrund von in Zwickau umlaufenden Gerüchten, daß von marxistischer Seite eine größere Aktion geplant sei.

Feiertag für die Beamten in Oldenburg

Oldenburg, 8. März. Das Staatsministerium hat angeordnet, daß wegen des erhebenden Sieges des nationalen Deutschland sämtliche Behörden des Freistaates am Samstag, den 11. März, dienstfrei haben.

Besetzung der Bundesschule des A.D.G.B. in Bernau durch SA.

Bernau, 8. März. Die SA. der Ortsgruppe Bernau besetzte heute mittag die Bundesschule des A.D.G.B. und hält die Schule geschlossen.

Wetter für Freitag

Nach Durchzug eines Ausläufers der nördlichen Depression ist das Barometer wieder im Steigen begriffen. Für Freitag ist aber immer noch zeitweise zu Unbeständigkeit neigendes Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauk.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Amtliche Bekanntmachungen

Aufnahme in orthopädische Heilanstalten

Unbemittelte Personen können unter Bewilligung eines ermäßigten Verpflegungsgelds als Staatspfleglinge in die vertragl. verpflichteten orthopädischen Anstalten (Paulinenhilfe und Olgaheilanstalt in Stuttgart, A. H. Wernersche Kinderheilanstalt Ludwigsburg) aufgenommen werden. Die Aufnahme dient zur Heilung oder Besserung angeborener oder erworbener Formfehler des Körpers, die die Erlernung eines Berufs erschweren oder die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen.

Aufnahmefähig sind Kranke mit Verkrümmungen und Verschiebung des Halses, Rückgrats, Brustkorbs und der Gliedmaßen.

Jugendliche werden vorzugsweise berücksichtigt. Von der Aufnahme als Staatspfleglinge sind Personen ausgeschlossen,

1. die außerhalb der Anstalt erfolgreich behandelt werden können,
2. deren Angehörige eine Anstaltsbehandlung ohne öffentliche Beihilfe bezahlen können.

Die Aufnahme ist beim Innenministerium durch Vermittlung der Oberämter und Oberamtsärzte nachzusuchen. (Näheres s. Reg.Bl. 1932 S. 20).

Das Innenministerium setzt das Verpflegungsgeld fest, das an die Anstalt zu bezahlen ist.

Nagold, Freudenstadt, den 8. März 1933.

Oberamt: Baitinger. **Oberamtsarzt:** (gez.) Dr. Huwald.

Fürsorge für Kopfgrippekranke

Erkrankungen an Kopfgrippe können einen Zustand starker Hemmung der Tätigkeit der Bewegungsnerven zur Folge haben, der **„Parkinsonismus"** genannt wird und die Kranken nicht nur arbeitsunfähig, sondern auch in hohem Grade hilflos macht. Es empfiehlt sich dringend, solche Kranken ungesäumt dem Sanatorium des Sanitätsrats Dr. Römer in Hirsau zu überweisen. (Näheres s. Amtsblatt des Innenministeriums 1931 S. 219, Mediz. Korrespondenzblatt 1932 S. 30).

Die beteiligten Kreise, namentlich die Fürsorgebehörden und die Aerzte, werden hierauf aufmerksam gemacht.

Nagold, Freudenstadt, den 8. März 1933.

Oberamt: Baitinger. **Oberamtsarzt:** (gez.) Dr. Huwald.

Altensteig-Stadt

Für **Ortsarme,** Kleinrentner, Zusatz- und Sozialrentner, sowie Wohlfahrtserwerbslose (jedoch **nicht** Kurzarbeiter und Notstandsarbeiter) werden

Reichsverbilligungsscheine

für März zum Bezug von Frischfleisch und anderen Lebensmitteln, sowie von Kohlen abgegeben. Unterstützte mit 4 und mehr Zuschlagsempfängern erhalten einen weiteren Verbilligungsschein.

Die **Lebensmittel- und Kohlenhändler** werden besonders darauf hingewiesen, daß die Einlösung der Scheine bei der Stadtpflege schon vom 20. März an geschehen kann. Für nach dem 9. April eingelöste Scheine kann kein Ersatz mehr geleistet werden.

Bürgermeisteramt: Pfizenmaier.

Lebens-Mittel! Lebens-Mittel!
Sie kaufen
Kaffee, Tee,
Chocolade u. Cacao
Gewürze u. Backsachen, Käse
Maccaroni u. Nudeln, Oele
u. Fette, Salz und Zucker,
Weine und Spirituosen,
Suppen-Einlagen aller Art,
Getr. Früchte u. Dörr-Obst
immer gut und preiswert bei
Fritz Bühler jr.
Altensteig
Fernsprecher 205.

W. Forstamt Pfalzgrafenweiler
Nadelstammholz-Verkauf.
Am **Montag, den 20. März 1933,** nachm. 1/2 3 Uhr in Pfalzgrafenweiler im Gasthof z. „Schwanen" aus Staatswald des ganzen Forstbezirks: 910 Fi., 277 Ta mit Fm: 330 I., 498 II., 303 III., 115 IV., 61 V. und 7 VI. Kl. Langh. und 26 Jstm. Abschn. Losverzeichnisse durch die W. Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart-W.

Einfaches, älteres
Zimmermädchen
(möglichst im Hotel schon tätig), für Jahresstellung **gesucht.**
Hotel Post, Nagold.

LUGER
Direkt von der See treffen heute ein:
Kablian o. Kopf
Schellfische o. Kopf
Kablian-Filet

Altensteig.
Cabliau o. Kopf
Schellfische o. Kopf
Seelachs-Filet
Cabliau-Filet
Goldbarsch-Filet
frisch eingetroffen bei
Chr. Burghard jr.

Suche für sofort
Mädchen
für Landwirtschaft.
Jakob Seeger, Monhardt.

Patenbriefe
in schöner Auswahl in der
Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.

Geld-Gesuch
400—600 RM.
gegen Sicherheit u. guten Zins.
Angebote unter Nr. 273 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig, den 8. März 1933.

Todes-Anzeige.

Unsere liebe Mutter und Großmutter

Marie Walz

geb. Walz, Schuhmachermeisters-Witwe

durfte heute früh nach ihrem langen Leiden im Alter von nahezu 73 Jahren, zur langersehnten Ruhe eingehen.

Um stille Teilnahme bitten
die Kinder:
Marie Wolz geb. Walz mit Gatten u. Kinder
Mina Walz z. Zt. Maplewood, (Amerika)
Anna Walz
Karoline Armbruster geb. Walz mit Gatten und Kindern.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 2 Uhr auf dem alten Friedhof statt.

Altensteig-Dorf.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten mache ich die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Frau

Katharine Klumpp

im Alter von 40 Jahren entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Der Gatte **Fritz Klumpp**
mit Kindern.

Beerdigung Freitag nachmittag 2 Uhr.

Lose
zur Breisacher Münster-Lotterie
sind zum Preis von **RM. 1.— für** ein **Doppellos** zu haben in der
Buchhandlung Lauk, Altensteig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw